

# Antrag

**Antragsteller:** AK EUROPA

**Adressat:** -SPD Düsseldorf, SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

## ABLEHNUNG DES BESTEHENDEN JEFTA

Der Unterbezirksausschuss möge beschließen:

Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament sind aufgefordert, ihre Zustimmung zum *Economic Partnership Agreement (EPA)* zwischen dem Staat Japan und der Europäischen Union (auch *Japan-EU Free Trade Agreement* oder *Jefta* genannt) zu verweigern, solange die nachfolgenden Aspekte nicht ausdrücklich, verbindlich und sanktionsbewehrt Eingang in den Vertragstext gefunden haben:

- Einer möglichen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere jener der Daseinsvorsorge wie z. B. der Wasserwirtschaft und hier wiederum insbesondere der Abwasserentsorgung gilt es vorzubeugen.
- Die Aufstellung von Negativlisten für die Liberalisierung von Dienstleistungen ist durch die Aufstellung von Positivlisten zu ersetzen.
- Verstöße gegen das Nachhaltigkeits-Kapitel, unter anderem in Bezug auf Umweltschutz und Arbeitsrechte, sind mit einem Durchsetzungsmechanismus zu versehen und im Falle des Zuwiderhandelns mit Sanktionen von jener Art zu belegen, die jeglichen Anreiz nehmen, erneut gegen die Bestimmungen zu verstoßen. Die Vertragspartner müssen alle ILO-Kernarbeitsnormen ratifizieren und umsetzen.
- Hinsichtlich des Pariser Klimaschutz-Abkommens gilt es
  - konkrete Handlungsvorgaben zu vereinbaren
  - bei Verstößen gegen die Handlungsvorgaben oder Ziele des Abkommens Sanktionsmaßnahmen festzulegen, die jeglichen Anreiz nehmen, erneut gegen die vereinbarten Maßnahmen zu verstoßen
  - Klimaschutzmaßnahmen nicht nur dann zuzulassen, wenn dadurch der Handel nicht eingeschränkt oder der Vertragspartner nicht diskriminiert würde.
- Bestehende Verbraucher- und Umweltschutzregelungen gemäß EU-Recht sind finden uneingeschränkt Eingang in das Abkommen.